**LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN**
**9. Wahlperiode**

**Drucksache 9/45**
**28.10.2026**
(Termin zur Beantwortung gemäß § 64 Absatz 1 GO LT: 11.11.2026)

# KLEINE ANFRAGE

**des Abgeordneten Jan-Phillip Tadsen, Fraktion der AfD**

## Vorbereitung und Durchführung von Rückführungen syrischer Staatsangehöriger sowie Förderung freiwilliger Ausreisen aus Mecklenburg-Vorpommern

Entfällt der Schutzstatus syrischer Staatsangehöriger durch einen bestandskräftigen Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), kann sich daraus eine vollziehbare Ausreisepflicht ergeben. Der Vollzug der Ausreisepflicht und damit die Organisation und Durchführung von Rückführungen und Abschiebungen liegen im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeitsverteilung in der Verantwortung der Länder. Vor diesem Hintergrund ergeben sich Fragen zu den organisatorischen Vorbereitungen Mecklenburg-Vorpommerns, zur Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern sowie zur Förderung freiwilliger Ausreisen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Vorkehrungen trifft die Landesregierung auf Ebene der zuständigen Ausländerbehörden sowie des Landesamtes für innere Verwaltung, um auf eine potenziell stark steigende Zahl bestandskräftiger Widerrufsentscheidungen des BAMF und damit einhergehende Ausreisepflichten zu reagieren?

2. Welche Informationen hat die Landesregierung vonseiten der Bundesregierung seit Beginn der diplomatischen Beziehungen mit Syrien über die Rückführung syrischer Staatsangehöriger erhalten (bitte entsprechend auflisten)?

3. Welche Abstimmungen oder Richtlinien bestehen zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern, den anderen Bundesländern und dem Bund bezüglich der logistischen Durchführung von Rückführungen nach Syrien?
   Sind entsprechende Abstimmungen oder Richtlinien aktuell geplant oder in absehbarer Zeit zu erwarten (bitte Zeitplan hierfür skizzieren)?

4. Wie bewertet die Landesregierung die Inanspruchnahme von Programmen zur geförderten freiwilligen Rückkehr, beispielsweise REAG/GARP, durch syrische Staatsangehörige in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2024, 2025 und im bisherigen Verlauf des Jahres 2026?

5. Plant die Landesregierung eigene landesspezifische Förderprogramme oder Beratungsoffensiven, um der vom Bund angekündigten Priorisierung freiwilliger Ausreisen vor zwangsweisen Rückführungen nachzukommen?

**Jan-Phillip Tadsen, MdL**